

Die Zukunft unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sichern

Zur Notwendigkeit einer Neustrukturierung des Post- und Fernmeldebewesens und der Deutschen Bundespost

Die Koalition aus CDU, CSU und FDP hat Anfang März 1987 folgendes vereinbart: „Auf der Basis der Empfehlungen der Regierungskommission Fernmeldebewesen führt die Bundesregierung in der 11. Legislaturperiode eine Neustrukturierung des Post- und Fernmeldebewesens durch. Dabei werden u. a. Maßnahmen einer verbesserten Marktöffnung ergriffen.“

1. Die Telekommunikation ist eine Schlüsseltechnologie mit überdurchschnittlichem Wachstums- und Innovationspotential

Das Fernmeldebewesen befindet sich weltweit im Umbruch. Ausschlaggebend hierfür sind technische Neuerungen, insbesondere leistungsfähigere Übertragungswege (Glasfaser, Satellit, Zellenfunk), eine völlig neuartige Übertragungstechnik (digital statt analog) und eine computergestützte Vermittlung. Mit dem Zusammenwachsen von klassischer Telekommunikation einerseits und Datenkommunikation sowie Informationsverarbeitung andererseits entsteht eine Vielzahl differenzierter, kostengünstiger Dienste und Benutzereinrichtungen, die sich rasch ausbreiten können, wenn es gelingt, durch zuwachsorientierte Rahmenbedingungen Ideenreichtum, Kreativität, Innovation und Wettbewerb zu fördern.

Die Qualität des Fernmeldebewesens — sowohl technisch als auch organisatorisch — wird für die Qualität des künftigen Wirtschaftswachstums von wesentlicher Bedeutung sein, da von ihr die Fähigkeit der Wirtschaft abhängt, den wichtigsten modernen Produktionsfaktor, nämlich Wissen, hervorzubringen und sinnvoll zu nutzen.

Das jährliche Wachstum der Informationsindustrie weltweit wird auf etwa 7 Prozent geschätzt. Im Jahre 1990 soll der weltweite Umsatz etwa 500 Mrd. DM betragen, was einer Verdoppelung innerhalb von zehn Jahren entspricht. Damit erreicht die Informationsindustrie bis 1990 etwa die Größenordnung der Automobilindustrie.

Eine Untersuchung der EG-Kommission unterstreicht diese Zahlen. Danach wird im Jahre 2000 die Wettbewerbsfähigkeit von bis zu 60 Millionen Arbeitsplätzen maßgeblich vom Zugang zu Diensten und Technologien für Informationsverarbeitung und Telekommunikation abhängen.

Die Telekommunikation gehört damit zu den wichtigsten Wachstumsbranchen der Zukunft. Einige Industriestaaten, wie die USA und Japan, bemühen sich seit Jahren darum, diesen wichtigen Wachstumsmarkt für sich zu gewinnen. So sind in den USA in den vergangenen sieben Jahren 400 Unternehmen der Telekommunikationsdienste im Weitverkehr und fast 300 Unternehmen auf dem Produktionssektor entstanden. Und seit in Japan die Telekommunikation dereguliert ist, haben die sechs größten japanischen Handelsunternehmen etwa 260 Mrd. Yen (1 Yen entspricht etwa 1,30 DM) in die Informations- und Kommunikationstechnik investiert. Noch 1983, also vor der Deregulierung, betrug der Produktionswert für fernmeldetechnische Ausrüstungen etwa 1.280 Mrd. Yen. Bis zum Jahre 1986 ist er auf 1.760 Mrd. Yen, also um fast 38 Prozent, gestiegen.

Große Wachstumsraten erwartet man auch im Bereich der Mehrwertdienste (elektronische Serviceangebote). Ein sehr anschauliches Beispiel bietet Frankreich durch die gelungene Einführung des sogenannten Miniteldienstes. Der Benutzer kann sich u. a. über kulturelle Ereignisse, Ausstellungen und Museen ebenso informieren wie über den eigenen Kontostand (bei mehr als 120 Online-Banken). Er kann sich seine Einkommensteuer kalkulieren lassen, Straßenzustandsberichte abrufen und Hotels buchen. Einfach zu bedienende Endgeräte, die zusätzlich noch kostengünstig sind, waren ausschlaggebend für die große Akzeptanz in der französischen Bevölkerung.

In Großbritannien stieg die Zahl der Unternehmen, die Mehrwertdienste anbieten, von 10 (1981) auf 195 (1986). Derzeit sind dort 81 Electronic-Mail- oder Mailbox-Dienste registriert. Der jährliche Marktzuwachs beträgt rund 300 Prozent. Die Anzahl der Datenbankdienste hat sich vervierfacht, und die Zahl der Angebote im Bereich der Sprachspeichersysteme stieg von rund 500 (1984) auf 7000 (1986).

2. Die Bundesrepublik Deutschland will und muß im internationalen Wettbewerb wirtschaftlich leistungsfähig bleiben

Die traditionelle Struktur des Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen und die traditionelle Gebührenpolitik der Deutschen Bundespost im besonderen erlauben nicht die Ausschöpfung

dieses Wachstumspotentials. Im Gegenteil: Die Defizite im regulierten Telekommunikationsmarkt wirken sich heute nachteilig aus auf den unregulierten Markt der Datenkommunikation und Informationsverarbeitung. In einer Zeit, in der die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes im Bereich des Fernmeldewesens an Bedeutung für die generelle Wettbewerbsfähigkeit gewinnt, gefährden vergleichsweise teure und wenig differenzierte Leistungen die Attraktivität des Standortes Bundesrepublik Deutschland. So sahen sich kommunikationsintensive Unternehmen veranlaßt, zum Beispiel für die USA bestimmte Daten über Frankreich oder Großbritannien zu übertragen. Andere Unternehmen verlagerten ihren Informationsverarbeitungsstandort gar vollends ins Ausland.

Nach einem Bericht des Industriemagazins vom Juni 1987 schloß die deutsche Zentrale der Bank of America ihr Rechenzentrum in Frankfurt und verlegte es nach London. Die amerikanische Citibank baute ihr Telekommunikationszentrum gleich in London auf. Die Panasonic Deutschland GmbH schickt ihre Telexe nicht mehr von Hamburg, sondern von London an die Muttergesellschaft Matsushita Electric Co. Ltd. in Osaka. Und die Ford-Werke AG in Köln speichern Informationen auf Magnetbändern ab, transportieren sie per Flugzeug nach England und senden sie von dort per Datenleitung nach Dunton.

Damit die Bundesrepublik Deutschland auf dem internationalen Dienstleistungsmarkt ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen kann, muß die Schere zwischen den technischen Möglichkeiten und den organisatorischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen geschlossen werden. Die Schnittstelle zwischen Monopol und Wettbewerb ist neu und zukunftssicher zu definieren. Mit anderen Worten: Eine Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost ist unumgänglich. Der Grundsatz des Wettbewerbs soll künftig die Regel und das Monopol des staatlichen Anbieters die Ausnahme sein.

3. Die Großunternehmen können sich eventuell selbst helfen. Aber die mittelständischen Unternehmen sind in den nächsten Jahren verstärkt auf vielfältige und kostengünstige Telekommunikation in Verbindung mit Informationsverarbeitung angewiesen.

Zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsposition sind mittelständische Unternehmen in den nächsten Jahren verstärkt darauf angewiesen, Telekommunikation in Verbindung mit Informationsverarbeitung wirksam einsetzen zu können, das heißt: auf ihren individuellen Bedarf zugeschnitten, kostengünstig und flexibel.

Dabei dürfte die Inanspruchnahme neuer Kommunikationsdienste mit sinkenden Kosten steigen. Durch die Neustrukturierung wird es für kleine und mittlere Unternehmen möglich sein, einen leichteren Zugang zu elektronischen Service-Angeboten zu erhalten und mit den Speicher- und Verarbeitungsdiensten von Großunternehmen oder untereinander zusammenzuarbeiten.

Die neuen Märkte im Bereich der Dienstleistungen, der Informationsverarbeitung und der Serviceleistungen sowie der Endgerätemarkt sind der unternehmerischen Tätigkeit möglichst vieler Konkurrenten zu öffnen. Das Monopol der Post darf nicht lediglich durch das Monopol eines Großanbieters ersetzt werden.

4. Durch die Neustrukturierung werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue, attraktive Arbeitsplätze geschaffen

Bereits jetzt sind 5,6% aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland in Hochtechnologiebereichen beschäftigt. Im Vergleich zu anderen Industrienationen nimmt die Bundesrepublik Deutschland damit eine Spaltenposition ein. Diese Arbeitsplätze sind aber nur dann sicher, wenn die bundesdeutsche Elektronikindustrie verstärkt auf dem internationalen Telekommunikationsmarkt tätig werden kann, denn Telekommunikation ist die Grundlage jeder hochtechnologischen Wirtschaft.

Durch eine Neustrukturierung wird eine Voraussetzung für mehr Beschäftigung geschaffen, weil mit ihr voraussichtlich

- ein Anstieg der Dynamik und eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Fernmeldesektors,
- eine Steigerung der Nachfrage nach Telekommunikationseinrichtungen und -diensten,
- eine Erhöhung der Produktivität bei den Benutzern von Telekommunikationseinrichtungen und -diensten durch günstigere Preise und größere Auswahlmöglichkeiten,
- eine Stärkung der Attraktivität des Standortes Bundesrepublik Deutschland für Investitionen von deutschen und ausländischen Unternehmen und
- eine allgemeine Stärkung der deutschen Wirtschaft durch Technologiediffusion, d. h. die nachfolgende weitere Verbreitung des technologischen Fortschritts, und eine gesteigerte Dynamik wichtiger Industrie- und Wirtschaftssektoren verbunden sind.

5. Die Deutsche Bundespost muß auch in Zukunft ein leistungsfähiges Unternehmen mit attraktiven Arbeitsplätzen sein. Gerade durch die Neustrukturierung wird sichergestellt, daß die Deutsche Bundespost die Zukunft meistern kann

Die Neustrukturierung der Deutschen Bundespost wird behutsam vor sich gehen. Die Erfahrungen anderer Länder, die ihren nationalen Telekommunikationsbereich dem Wettbewerb geöffnet haben, werden einbezogen.

Die Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost sind gesichert.

Der einzelne Arbeitsplatz bei der Deutschen Bundespost bleibt sicher. Die Deutsche Bundespost ist ein verantwortungsbewusster Arbeitgeber, der sich bei aller Aufgeschlossenheit gegenüber den Anforderungen der Zukunft in sozial verantwortlicher Weise verhalten wird. Schon heute kann die Deutsche Bundespost in einigen qualifizierten Bereichen mehrere tausend offene Stellen nicht besetzen.

Es hat sich immer wieder gezeigt, daß Arbeitsplätze nur dann sicher sind, wenn sich Unternehmen dem Wandel des Marktes und den technologischen Möglichkeiten anpassen.

Die Einheit der Deutschen Bundespost bleibt erhalten. Sie bleibt als Sondervermögen in der Verantwortlichkeit des Bundes.

Die Einheit der Deutschen Bundespost bietet Verbundvorteile zwischen dem Telekommunikations- und dem Postwesen, auf die die Deutsche Bundespost auf keinen Fall verzichten möchte. Dies betrifft z. B. die Möglichkeit des gegenseitigen Finanzausgleichs und die besseren Liquiditäts- und Finanzierungsbedingungen. Der Verbund von Post-, Postbank- und Fernmeldediensten im Rahmen des Sondervermögens Deutsche Bundespost muß deshalb erhalten werden.

Hoheitliche und betriebliche Aufgaben sind voneinander zu trennen.

Durch die Trennung der hoheitlichen von den betrieblichen Aufgaben soll die Unabhängigkeit der Deutschen Bundespost von der Politik verstärkt werden und ein größerer unternehmerischer Freiraum entstehen. Die Deutsche Bundespost muß schnell und flexibel auf die wettbewerblichen Anforderungen sowohl des nationalen Marktes wie auch der internationalen Märkte der Telekommunikation reagieren können.

Die Aufgaben der drei Unternehmen — Telekommunikation, Postdienste, Postbankdienste — und die Anforderungen an sie sind so unterschiedlich, daß dafür jeweils eine eigene Organisationseinheit erforderlich ist. Durch diese Dezentralisierung können die eigenständigen Anforderungen zukunftsweisend erfüllt werden.

Die Struktur eines Unternehmens muß so gewählt sein, daß die Aufgaben möglichst gut und möglichst kostengünstig erfüllt werden können. Eine gute Organisation ist wichtig und entscheidet über kurz oder lang über den Erfolg eines Unternehmens.

Gegenwärtig gliedert sich die Organisation der Deutschen Bundespost erst auf der Ebene der Post- bzw. Fernmeldeämter in einen Teil für die Postdienste und einen Teil für den Telekommunikationsbereich. In der privaten Wirtschaft, die eine große Erfahrung mit geeigneten Organisationsformen besitzt, gibt es kein vergleichbares Unternehmen, das ^{so} unterschiedliche Aufgabenbereiche von der höchsten bis zu einer unteren Führungsebene zusammenfaßt. Statt dessen haben alle diese Unternehmen gesonderte Bereiche, die für ihre jeweilige Aufgabe angemessen ausgestattet werden können.

Bisher konnte man mit der zusammenfassenden Struktur leben. Jetzt nimmt die Telekommunikation eine solch rasante Entwicklung bezüglich der Anwendungs- und auch Vermarktungsmöglichkeiten, daß die nötige Dezentralisierung nicht mehr aufgehalten werden darf.

Auch in allen anderen Ländern, die die unabewislichen strukturellen Anpassungen im Post- und Fernmeldewesen bereits durchgeführt haben, hat es sich ausnahmslos als notwendig erwiesen, dafür eigene Organisationseinheiten zu schaffen. In den USA waren (die alte) AT&T (American Telephone and Telegraph) und U.S. Mail schon immer getrennt. In Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Schweden, Japan, Kanada und Neuseeland sind Postdienste und Fernmeldedienste eigenen Organisationseinheiten zugeordnet. Die organisatorische Zusammenfassung in der Bundesrepublik Deutschland ist nur historisch bedingt. Anders formuliert: „Ein Marathonläufer kann nicht gleichzeitig ein Spitzengewichtheber sein. Um Höchstleistungen zu erzielen, braucht man auch verschiedene Trainer.“

Für ihre anspruchsvollen Zukunftsaufgaben braucht die Deutsche Bundespost eine leistungsfähige Führungsstruktur.

Die anspruchsvollen Zukunftsaufgaben in einem immer vielschichtiger werdenden Umfeld erfordern unternehmerisches Handeln. Notwendig dazu ist die entsprechende Verantwortung in jeder Führungsposition. Wichtige Punkte sind Umsatz- und Ergebnisverantwortung und Pflicht zu unternehmerischem Handeln, einschließlich Innovation und Mitarbeitermotivierung. Eine Beamtenstruktur ist für hoheitliche Aufgaben gut geeignet. Das Management muß aber von Randbedingungen des Beamtenrechts befreit werden, um solche unternehmerische Verantwortung übernehmen zu können:

Auch innerhalb der Unternehmen der Deutschen Bundespost sind noch sehr unterschiedliche Aufgaben zu lösen, die in den obersten Führungsebenen

einen auf die jeweilige Aufgabe spezialisierten Manager erfordern. So könnte es z. B. bei der Telekommunikation ein Vorstandsmitglied für das Netz und dessen weiteren Ausbau geben, während für den Aufbau neuer Dienste ein ganz anderer Spezialist gebraucht wird. Daraus ergibt sich zwingend eine Vorstandstruktur mit verschiedenen Vorstandsmitgliedern, die für Einzelbereiche zuständig sind. Diese Struktur hat sich in erfolgreichen Großunternehmen auf der ganzen Welt bewährt. Das heißt: Die zukünftige Personalstruktur der Deutschen Bundespost muß flexibel und im Einzelfall durch unternehmensspezifische Abweichungen vom derzeitigen Bundespersonalrecht an die neuen Entwicklungen angepaßt werden.

Insgesamt sollten von den vorzunehmenden Sonderregelungen Anreize ausgehen, die u. a. geeignet sind, die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und damit die Wirtschaftlichkeit des Personaleinsatzes wirksam zu steigern oder die zum Markterfolg notwendige Personalgewinnung bedarfsgerecht zu ermöglichen, denn die Bundespost steht in diesem Teil des Arbeitsmarktes mit großen und erfolgreichen Unternehmen im Wettbewerb um hochqualifizierte Mitarbeiter. Insbesondere sollte durch eine Rechtsverordnung die Gewährung von Leistungszulagen geregelt werden.

Der Finanzausgleich zwischen den Unternehmen der Deutschen Bundespost zugunsten der „Gelben Post“ wird so lange wie nötig beibehalten. Er muß aber sichtbar gemacht werden, damit klar wird, welche Leistungen das Fernmeldewesen zusätzlich erbringt.

In vielen Ländern, in denen das Postwesen eine vergleichbare Qualität der Dienstleistungen und Gebühren ähnlicher Größenordnung wie in der Bundesrepublik Deutschland hat, schreiben die Postdienste schwarze Zahlen (USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden). Die Finanzierung der „Gelben Post“ kann im Prinzip also durchaus auch auf andere Weise sichergestellt werden.

In absehbarer Zeit dürfte es aber auch bei größten Rationalisierungsanstrengungen der Deutschen Bundespost kaum möglich sein, die Defizite bzw. die Kostenunterdeckung bei einigen Postdiensten, wie beispielsweise beim Paketdienst, Postzeitungsdienst, Gelddienst, Telegrammdienst usw., oder bei der Postversorgung auf dem Lande, zu beseitigen. Dieser Finanzausgleich sollte allerdings nicht wie bisher intern geregelt, sondern offen ausgewiesen und ggf. dem Parlament zur Kenntnis gebracht werden.

Infofern wird es für die Monopol- oder Pflichtleistungsbereiche weder eine Einstellung oder Verschlechterung von Diensten, dramatische Gebührenerhöhungen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen geben, noch sind die gleichmäßige Versorgung oder das sozialstaatliche Gebührenprinzip bedroht. Die Neustrukturierung sichert eine bürgerfreundliche und leistungsfähige Post.

Damit ein fairer Wettbewerb sichergestellt wird, nimmt das künftige Ministerium für Post und Telekommunikation als eine wichtige Hoheitsaufgabe die Regulierung des Post- und Fernmeldemarktes wahr.

Bei der Trennung von betrieblichen und hoheitlichen Aufgaben werden letztere durch das künftige Ministerium für Post und Telekommunikation wahrgenommen. Dazu zählen z. B. die rechtliche Aufsicht, politische Vorgaben, internationale Vertretung, Verordnungs- und Gesetzgebung sowie die Genehmigung der Teilwirtschaftspläne und Tarifgenehmigungen im Monopolbereich.

Es muß dafür gesorgt werden, daß in den Wettbewerbsbereichen faire Regeln für alle Wettbewerber gelten. Dies wird verhindern, daß ein öffentliches Unternehmen „Deutsche Bundespost TELEKOM“ ihre Mitbewerber erdrückt und zusätzlich eine „Rosinenpickerei“ ausschließen. „Rosinenpickerei“ meint hier den bloßen Wiederverkauf von Sprachkapazität, wobei Mietleitungen dazu benutzt werden, die hohen Ferntarife der Post im Wählnetz zu unterlaufen.

Ein zuverlässiges Angebot im Fernmeldewesen wird derzeit am besten dadurch sichergestellt, daß die TELEKOM weiterhin das Monopol am Netz und am Telefondienst behält. Bei allen anderen Diensten und den Endgeräten ist dagegen ein Monopol nicht mehr zu rechtfertigen.

Ein einheitlich ausgebautes Fernmeldenetz bildet die Voraussetzung für ein flächendeckendes, für jedermann zugängliches Dienstleistungsangebot. Damit erhalten insbesondere auch kleine und mittlere Nutzer die gleichen Chancen wie Großunternehmen, die sich eigene Netze leisten können. Das Netzmonopol stellt die Präsenz der Deutschen Bundespost in der Fläche sicher.

Die Errichtung und der Betrieb der Telekommunikationsnetze verbleiben deshalb zunächst im Monopol der Deutschen Bundespost, was nicht ausschließt, daß die Ausübung des Monopols in Abhängigkeit von der weiteren technischen Entwicklung zu einem späteren Zeitpunkt überprüft werden kann.

Ausnahmen beim allgemeinen Netzmonopol sind dort vertretbar, wo neue technische Systeme Ergänzungsfunktionen zu den drahtgebundenen Netzen bilden. Hier muß insbesondere überprüft werden, ob man innovativen Anwendungen nicht dadurch auf die Sprünge helfen kann, daß man das Monopol bei bestimmten „drahtlosen“ Netzen für die Individual-Kommunikation lockert. Dies gilt insbesondere für die Zulassung privater Dienstleistungsanbieter für die Satellitenkommunikation und die Zulassung zumindest eines weiteren Netzträgers im begrenzten Feld des Mobilfunks.

Der Telefondienst soll zunächst ebenfalls im Monopol bleiben. Inwieweit dieses Monopol auch in einer zukünftigen digitalen Fernmeldeinfrastruktur

möglich sein kann, ist erst auf der Basis von konkreten Erfahrungen mit der Ausbreitung des sogenannten diensteintegrierenden digitalen Fernmeldenetzes ISDN (Integrated Services Digital Network) zu erörtern. Bei allen anderen Diensten und im Bereich der Endgeräte soll der freie Wettbewerb zu gleichen Bedingungen für alle Marktteilnehmer einschließlich der Deutschen Bundespost ermöglicht werden.

Die Zulassung aller Endgeräte sollte bei einer selbständigen und unabhängigen Zulassungsbehörde erfolgen. Ein zugelassenes Telefon etwa sollte dann auch bei privaten Unternehmen — also im Kaufhaus oder im Fachhandel — gekauft und zu Hause ähnlich wie ein Elektrogerät mit einem Stecker angeschlossen werden können.

Werden der Deutschen Bundespost bei bestimmten Diensten Pflichtleistungen auferlegt, seien sie flächendeckender, preislicher oder sozialstaatlicher Art, so müssen ihr die daraus entstehenden zusätzlichen Kosten entweder durch Mischkalkulation oder sonstige Finanzhilfen erstattet werden. Wettbewerbsnachteile dürfen der Deutschen Bundespost daraus nicht entstehen.

Die jetzt vorgesehene Neustrukturierung ist eine in die europäische Politik eingebettete Maßnahme.

Vor dem Hintergrund der geplanten Vollendung des europäischen Binnenmarktes im Jahre 1992 hat die EG in ihrem Grünbuch eine Perspektive für die einheitliche europäische Telekommunikationspolitik erarbeitet. Die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldebewesens in der Bundesrepublik Deutschland deckt sich in wesentlichen Punkten damit.

Das Endziel muß die Entwicklung von Marktbedingungen sein, die für den europäischen Benutzer Telekommunikationsdienste größerer Vielfalt, besserer Qualität und zu niedrigeren Kosten sicherstellen, um Europa voll an den Vorteilen — nach innen wie nach außen — eines starken Telekommunikationsmarktes teilhaben zu lassen.

6. Eine zukunftsorientierte Gebührenpolitik muß sich stärker an den tatsächlichen Kosten orientieren

Die Nutzung der Telekommunikation ist nicht nur durch die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, sondern auch ganz entscheidend durch Niveau und Struktur der Telekommunikationsgebühren bestimmt. Die Tarifstruktur der Deutschen Bundespost weicht erheblich von der Kostenstruktur der einzelnen Fernmeldedienste ab: Die Gebühren für Ortsgespräche liegen unter den Kosten, die für Ferngespräche über den Kosten; die Gebühren in den dichtbesiedelten Gegenden liegen wiederum über, die in den weniger dichtbesiedelten Gebieten unter den Kosten; die Nutzungszeit von Mietleitungen ist ein Tariffaktor, aber kein Kostenfaktor.

Durch nicht kostenorientierte Fernmeldetarife erhält der Entwicklungsprozeß falsche Preissignale, werden Investitionen fehlgeleitet, der technische Fortschritt gebremst und die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Eine zukunftsorientierte Gebührenpolitik muß sich deshalb stärker an den tatsächlichen Kosten orientieren. Auch der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost hat im übrigen eine solche Forderung erhoben und die Deutsche Bundespost beauftragt, bis Anfang 1988 Modellvorschläge für eine mehr kostenorientierte Weiterentwicklung der Telefongebühren zu erarbeiten.

Ziel muß es sein, eine allmähliche, sozialverträgliche Angleichung der Orts-, Nah- und Ferntarife in Stufen und mehr Entfernungsunabhängigkeit durch Zusammenfassen von Fernzonen zu erreichen, und zwar unter Berücksichtigung sowohl der binnengewirtschaftlichen Erfordernisse wie auch der internationalen Gebührenstrukturen.

Darüber hinaus sind — mit besonderer Dringlichkeit — die heutigen nutzungszeitabhängigen Gebühren für Mietleitungen deutlich zu senken, denn sie kommen einer Sondersteuer auf die Wachstumsbranche der Mehrwertdienste gleich. Ziel sollte sein, so schnell wie möglich auf ein anderes Gebührenprinzip überzugehen.

Mietleitungen sind die zentrale Übertragungsleistung, auf deren Basis private Anbieter ihren Dienst aufbauen. Die Möglichkeiten privater Anbieter dürfen auch nicht durch eine Rationierung des Angebots von Mietleitungen oder eine übermäßige Wartezeit bei der Bereitstellung von Leitungen behindert werden.

7. Die Deutsche Bundespost wird ihren Infrastrukturaufgaben auch weiterhin in vollem Umfang nachkommen können. Sie wird die Grundversorgung wie bisher für die gesamte Bundesrepublik Deutschland gleichmäßig und jederzeit sicherstellen können.

Eine Gefahr „weißer Flecken“ ist schon aufgrund der Besiedlungsstruktur unseres Landes ausgeschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine *so* gleichmäßige und dichte Bevölkerungsverteilung, daß es kaum größere Gebiete gibt, in denen kein ausreichender Bedarf für Infrastrukturen bestünde. Insofern trägt schon der Markt erheblich dazu bei, daß die Versorgung mit Post- und Fernmeldediensten flächendeckend erhalten bleibt. Zur weiteren Sicherheit wird das Ministerium für Post und Telekommunikation die Deutsche Bundespost durch Auflagen verpflichten, auch dort, wo die Marktkräfte nicht ausreichen sollten, die Infrastrukturaufgabe so ernst wie bisher zu nehmen. Damit wird der ländliche Raum auch künftig genau so gut und zuverlässig bedient wie heute.

Anhang: Erläuterung von Abkürzungen und Fachausdrücken

Bit

Kleinste Einheit der Information (Informationselement). Ein Bit (binary digit) kennt nur zwei Zustände, Null oder Eins.

Bitrate

Anzahl der Informationselemente, die in einer Zeiteinheit übertragen werden können. Die Grundeinheit ist 1 Bit/s.

Digitalisierung

Umsetzen einer sich kontinuierlich verändernden (analogen) Größe in quantisierte Einzelschritte (Codewörter). Jedes Codewort besteht aus mehreren Bits, welche jeweils einen von zwei Zuständen einnehmen. Siehe auch Bit.

ISDN

Integrated Services Digital Network, ermöglicht die Übertragung von Sprache und Daten in digitaler Form in einem Netz.

Mailbox-Dienst

Elektronischer Briefdienst, bei dem jeder Teilnehmer die für ihn bestimmten Nachrichten aus einem elektronischen Speichergerät abrufen und Nachrichten an andere Teilnehmer versenden kann. Häufig enthält der Dienst auch Hilfen für die Textverarbeitung, die Archivierung, das Wiederauffinden, die automatische Wiedervorlage etc.

Mehrwert-Dienst

In der Regel sind Dienste gemeint, welche über die bloße Übertragung und Vermittlung einer Nachricht hinausgehen, diese in irgendeiner Form „veredeln“ (speichern, verarbeiten).

Mietleitung

Gemietete Festverbindung, d. h. ein Übertragungsweg (Leitung) zwischen zwei fest vorgegebenen geographischen Endpunkten. Bei einer permanenten Festverbindung kann ständig übertragen werden. Semipermanente und virtuelle Festverbindungen müssen vor jeder Übertragung durch eine Vermittlungsstelle aktiviert, d. h. freigegeben werden.

Mobilfunk

Drahtloser Fernmeldedienst zwischen einer Feststation und einer mobilen Station (z. B. einem Auto), wobei die mobilen Stationen über die Feststation auch untereinander kommunizieren.

Zellenfunk oder zellulares Telefon

Verbesserte Art des Mobilfunks: Ein Computer überwacht das gesamte, aus verschiedenen räumlichen Sendebereichen (Zellen) bestehende Netz und kann den Standort eines beweglichen Empfängers jederzeit aufgrund einer von diesem ausgestrahlten Kennung feststellen. Wird ein Sendebereich während eines Gesprächs verlassen, so tritt keine Unterbrechung ein, das Gespräch wird vielmehr automatisch in den neuen Sendebereich weitergeschaltet.

Auch in der SPD wird die Notwendigkeit einer Neustrukturierung der Post gesehen. Peter Glotz, SPD-Bundestagsabgeordneter und Medienexperte seiner Partei, sagte im Deutschlandfunk am 16. September 1987:

„Ich glaube, daß es sinnvoll ist, einen Bereich der Telekommunikation als ein eigenes Unternehmen zu organisieren, das auch unternehmerisch handeln kann und vor allem frei ist von bürokratischen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsregelungen des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums, des Innenministers usw.

Denn im Bereich der Endgeräte, also wenn es darum geht, Telefone zu verkaufen oder die ganzen modernen Endgeräte, die jetzt kommen, und auch im Bereich der Fernmeldedienste, die auf den Netzen der Post angeboten werden, wird es ja Konkurrenz geben und da wird dann die Post mit Siemens oder SEL oder IBM konkurrieren, und da muß sie besser werden. Da muß sie schneller werden, und das kann sie nur, wenn sie mehr Ellbogen-Freiheit hat.“